

Kriegsfolgenarchivgut: Entschädigung, Lastenausgleich und Wiedergutmachung in Archivierung und Forschung

Call for Papers

**Tagung zum 30jährigen Bestehen des Zentralarchivs für den Lastenausgleich
(Lastenausgleichsarchiv) im Bundesarchiv
am 14./15. Oktober 2019 in Bayreuth**

Das Bundesarchiv beabsichtigt – unter Bezugnahme auf den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren und auf die Einrichtung des Lastenausgleichsarchivs vor 30 Jahren – am 14. und 15. Oktober 2019 im Zentralarchiv für den Lastenausgleich (Lastenausgleichsarchiv) des Bundesarchivs in Bayreuth eine wissenschaftliche Tagung zum Thema der Archivierung und Auswertung von Unterlagen auszurichten, die im Zusammenhang mit Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer autoritärer Regime im 20. Jahrhundert entstanden sind. Dazu gehören die Unterlagen, die infolge des Gesetzes zur Archivierung von Unterlagen aus dem Bereich des Kriegsfolgenrechts im Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv verwahrt werden, sowie Archivgut aus weiteren materiellen und humanitären Entschädigungs- und Wiedergutmachungshandlungen infolge von Unrechtsmaßnahmen und Kriegshandlungen.

Hierzu wird zur Einreichung von Vorschlägen/Proposals für Kurzreferate und Präsentationen aufgefordert. Die Beiträge sollen sich mit folgenden Themenbereichen beschäftigen, wobei die Aufzählung darüber hinausgehende Vorschläge nicht ausschließt. Die gewählte Perspektive auf das Thema soll einen deutlichen Bezug auf Archive und Archivgut nehmen.

- Ausgleich von Lasten, Entschädigung und Restitution der vom Kriegsgeschehen betroffenen Zivilbevölkerung
- Zwangsarbeit von Nichtdeutschen und Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg und deren Entschädigung
- Arisierung und archivalische Überlieferung
- Provenienzforschung und archivalische Überlieferung zu Wiedergutmachung und Entschädigung
- Anspruch und Wirklichkeit von „Kriegsfolgenarchivierung“
- Lastenausgleich und Lastenausgleichsrecht, Rechts- und Verwaltungsgeschichte
- Entschädigungsunterlagen in der Auswertung durch Dokumentationszentren und Gedenkstättenarchive
- Weitere Aspekte zu Entschädigung und Wiedergutmachung für Verfolgte autoritärer Regime

Die ausgewählten Vorschläge werden für die Tagung zu Panels zusammengefasst. Kurzreferate sollen eine Dauer von 15 Minuten nicht überschreiten, Präsentationen sollen auf maximal 25 Minuten begrenzt bleiben. Analytische Beiträge werden ausdrücklich begrüßt.

Ebenso sind dokumentierende Beiträge über laufende, in Vorbereitung befindliche oder abgeschlossene Projekte willkommen. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Das Bundesarchiv wird sich mit einer Aufwandspauschale an Reise- und Übernachtungskosten beteiligen.

Vorschläge sollen in Form von Abstracts im Umfang von 200 bis 500 Wörtern in deutscher oder englischer Sprache eingesandt werden.

Mit den Abstracts sollen folgende Informationen eingereicht werden:

- Name, Vorname, Titel
- Berufliche Funktion und Institution
- CV in Kurzform

Die Abstracts werden bis zum **30.04.2019** an das Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv per E-Mail an ***k.kuehnel@bundesarchiv.de*** erbeten. Über die Auswahlentscheidung werden die Bewerber bis zum 31.05.2019 informiert.